

Inhaltsverzeichnis	Seite
Vorwort	5
Abkürzungsverzeichnis	13
A. Thomas Ackermann: GWB Novelle und kartellrechtlicher Geltungsanspruch	17
I. Einleitung	19
II. Grundlagen: Die Entwicklung des deutschen Kartellverbots zu einem Teil der europäischen Wettbewerbsordnung	20
1. Ein Rückblick auf die Rechtslage bis zur 6. GWB-Novelle	20
2. Die Koppelung der Auslegung der §§ 1 f. GWB an die Auslegung von Art. 101 AEUV	22
3. Anwendung des Kartellverbots auf Tarifverträge und andere Formen der Koordinierung von Arbeitsmarktakteuren	24
III. Der kartellrechtliche Geltungsanspruch <i>ratione personae</i> : Arbeitsmarktakteure als Adressaten des europäischen und des deutschen Kartellrechts?	25
1. Arbeitgeber und Arbeitgeberverbände	25
2. Arbeitnehmer und Gewerkschaften	26
IV. Der kartellrechtliche Geltungsanspruch <i>ratione materiae</i> : Fehlende Anwendbarkeit des Kartellverbots auf arbeitsrechtliche Kollektivmechanismen	28
1. Keine Lösung auf der Ebene der Voraussetzungen des Verbots- und des Freistellungstatbestands	28
2. Die (begrenzte) Bereichsausnahme aufgrund der Albany-Rechtsprechung	29
a) Der Inhalt der Bereichsausnahme	29
b) Die Begründung der Bereichsausnahme	31
c) Verweis auf das nationale Recht	33
3. Übertragung auf das GWB	34

V. Grenzen der Bereichsausnahme	35
1. Keine Ausnahme für verdeckte Regulierung der Arbeit- gebertätigkeit auf Güter- und Dienstleistungsmärkten	36
2. Keine Ausnahme für Tarifverträge zulasten Dritter	37
3. Keine Ausnahme für Streikhilfeabkommen	38
4. Keine Ausnahme für Vereinbarungen der Arbeitgeberseite	39
VI. Schluss	40
Diskussion	43
B. Hermann Reichold: Gegenmachtprinzip und arbeitsrechtliche Kartellgarantie aus Art. 9 Abs. 3 GG	55
I. Einführung	57
1. Das „nahezu identische“ Recht wettbewerbsbeschränkender Vereinbarungen im europäischen und deutschen Markt seit der 7. GWB-Novelle 2005	57
2. Keine kartellrechtliche Bereichsausnahme für den Arbeits- markt	58
II. Die schwierige Tatbestandswürdigung beim Abschluss von Tarifverträgen: „Marktkonforme Vermachtung“ und die Irritation des Kartellrechts im Bereich des Arbeitsmarkts	60
1. Arbeitgeberverbände werden als „Unternehmensver- einigungen“ von § 1 GWB erfasst, Gewerkschaften als Zu- sammenschlüsse von Arbeitnehmern dagegen nicht.....	60
2. Firmentarife unterliegen daher nicht § 1 GWB, wohl aber Verbandstarife	64
3. Der dem Flächentarif immanente Beschluss einer Ver- einigung von Unternehmen beschränkt „plangemäß“ den Nachfragewettbewerb der Arbeitgeber	66
4. Eine Freistellung von Kollektivvereinbarungen nach § 2 GWB kommt nach Sinn und Zweck dieser Norm nicht in Betracht	69
III. Warum Kartellrecht und Art. 9 Abs. 3 GG nur im Rahmen von Arbeitsmarktregelungen miteinander vereinbar sind, oder: Das „Gegenmachtprinzip“ rechtfertigt keine Regelungen des Güter- oder Dienstleistungswettbewerbs für Unternehmen	69

1.	Gleichlauf von deutschem und europäischem Recht	69
2.	Grenzen der Kartellrechtserlaubnis durch Art. 9 Abs. 3 GG	71
3.	Beispiel: Tarifliche Regelung von Ladenschlusszeiten	73
IV.	Argumente der „zweiten Linie“: Grundfreiheiten als Maßstab für eine Missbrauchskontrolle bei (zwischenstaatlichen) Wettbewerbsbeschränkungen	75
V.	Fazit	76
	Diskussion	78
C.	Michael Ronellenfitsch: Sozialpolitische staatliche Lenkung durch (Markt-) Machteinsatz	85
I.	Politik und Staat	86
II.	Staat und Staatsaufgaben	86
1.	Staat als historischer Begriff	86
2.	Merkmale der Staatlichkeit im Verfassungsstaat	87
3.	Staatszwecke und Staatsaufgaben	88
III.	Staatlichkeit der Bundesrepublik	89
1.	Werteordnung	89
2.	Wirtschaftsverfassung	90
3.	Vom Gewährleistungsstaat zum Interventionsstaat	94
IV.	Anwendungsfelder	95
1.	Gleichbehandlungsideologie	95
2.	Kartell- und Vergaberecht	97
3.	Compliance	100
D.	Volker Rieble: Unternehmerischer Marktmachteinsatz zur tarifpolitischen Lenkung von Kunden/Lieferanten	103
I.	Befund	104
1.	Von der Anbieter-Arbeitsmarktmacht zum Marktmachtzugriff auf die Gütermarktnachfrage	104
2.	Subunternehmerauswahl: „Sauber waschen mit Tarif“	106
3.	Auswahl der Arbeitszeitunternehmen	107

4.	Fremdvergabeverbote	111
5.	„Privative“ Tariftreue als Modell?	111
II.	Arbeitsrechtliche Sicht	114
1.	Versagung arbeitsrechtsspezifischer Kollektivregelungs- befugnis	114
2.	Differenzierung nach Verbandszugehörigkeit im Konflikt mit der Koalitionsfreiheit	115
III.	Kartellrechtliche Grenzen	116
1.	Boykott als unzulässiges Instrument?	116
2.	Wettbewerbsbeschränkende Diskriminierung durch marktmächtige Nachfrager	117
3.	Kollektive Wettbewerbsbeschränkung durch informelle Stern-„Verträge“	120
IV.	Fazit	123
	Diskussion der Referate Ronellenfitsch und Rieble	124
E.	Ulrich Denzel: Wettbewerbsbeschränkungen für „Ein-Mann-Unternehmen“	131
I.	Einführung	133
II.	Die Anwendbarkeit des Kartellrechts auf arbeitsrechtliche Sach- verhalte	133
1.	Die Zeit bis zur 6. GWB-Novelle	133
2.	Die Zeit ab der 6. GWB-Novelle 1999	136
3.	Das Verhältnis des Arbeitsrechts zum europäischen Kartell- recht	139
III.	Der Begriff der „Ein-Mann-Unternehmen“	140
1.	Der Unternehmensbegriff des Kartellrechts	134
IV.	Wettbewerbsbeschränkungen für „Ein-Mann-Unternehmen“	144
1.	Vereinbarungen über „Ein-Mann-Unternehmen“	144
2.	Vereinbarungen mit „Ein-Mann-Unternehmen“	149
3.	Vereinbarungen zwischen „Ein-Mann-Unternehmen“	150

V. Ausblick.....	151
Diskussion	152
Diskussionsteilnehmer	161
Sachregister	163